

## **Forderungen zum Baum- und Klimaschutz in der Stadt Essen** **(Stand 31.10.2019 - Work in Progress)**



*„Zu fällen einen schönen Baum, braucht's eine halbe Stunde kaum - zu wachsen bis man ihn bewundert, braucht er, bedenk es, ein Jahrhundert!“ Eugen Roth*

Die Stadt Essen beteiligt sich an vielen Modellvorhaben und Kooperationen, die sich in unseren Augen nicht genug im täglichen Miteinander von Stadt, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen widerspiegelt. In diversen Dokumentation (u.a. „Dokumentation des Bundesmodellvorhabens StadtklimaExWoSt und im Entwurf des Strategie- sowie Maßnahmenkonzepts zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ der Stadt Essen<sup>1</sup>, dem Bericht „Monitoring ausgewählter Handlungsfelder der Grünen Hauptstadt Europas – Essen 2017“ des Wuppertal Instituts<sup>2</sup>, das „Essener Modell“ von 2003<sup>3</sup>) wird immer auch festgehalten, dass Grün- und Freiflächen nicht nur erhalten sondern erweitert, Pflanzgebote aufgestellt und durchgesetzt werden müssen, dass Flächen eine geringe Versiegelungen aufweisen dürfen und dass es mehr Kontrollen bei Baumaßnahmen geben muss.

Weiterhin hat die Stadt Essen die „Charta Zukunft Stadt und Grün“ der Stiftung DIE GRÜNE STADT<sup>4</sup> unterschrieben.

Die von uns nun formulierten Forderungen basieren in zentralen Punkten auf den genannten Dokumentationen, der Charta und Erfahrungen vor Ort (u.a. Baumfällung vor bzw. trotz Baumschutz, Baumfällung zugunsten von Auto und Verkehr, Baumfällung trotz dringendem Bedarf nach Schatten, Schutz, Erholung, CO<sub>2</sub>-Speicher).

Die Stadtpolitik und die Stadtverwaltung hat sich thematisch ausführlich mit den Auswirkungen des Klimawandels - seit den 70er Jahren Thema und in der Stadt durch das Integrierte Energie- und Klimakonzept 2009 in Angriff genommen - befasst. Der Klimawandel zeigt nun auch in Essen deutliche Auswirkungen, die schnelle Eingriffsmaßnahmen und ein Überdenken aller Eingriffe in das Stadtgrün erfordern. Das nun nach zwei Dürrejahre deutlich sichtbare Baumsterben plus Erkrankungen von tausenden Bäumen im Essener Stadtgebiet muss nun in konkrete

---

<sup>1</sup> [https://media.essen.de/media/wwwessende/bilder/aemter/ordner\\_gha/gha\\_dokumente/Strategie- u Massnahmenkonzept Klimaanpassung\\_web.pdf](https://media.essen.de/media/wwwessende/bilder/aemter/ordner_gha/gha_dokumente/Strategie- u Massnahmenkonzept Klimaanpassung_web.pdf)

<sup>2</sup> [https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0115\\_1/gruene\\_hauptstadt\\_5/Endbericht\\_Monitoring\\_GHE\\_2017.pdf](https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0115_1/gruene_hauptstadt_5/Endbericht_Monitoring_GHE_2017.pdf)

<sup>3</sup> [https://www.essen.de/leben/umwelt/landschafts\\_und\\_naturschutz/Eingriffs\\_und\\_Ausgleichsberechnung.de.html](https://www.essen.de/leben/umwelt/landschafts_und_naturschutz/Eingriffs_und_Ausgleichsberechnung.de.html)

<sup>4</sup> <https://www.die-gruene-stadt.de/charta-zukunft-stadt-und-gruen.aspx>

Maßnahmen insbesondere im Bereich Baumschutz einmünden! Das Ausmaß des Problems ist so groß, dass ein Zusammenwirken der Stadtgesellschaft, Verwaltung, Politik, Umweltinitiativen und Essener Bürger\*innen, erforderlich ist.

Darum fordern wir angesichts steigender Temperaturen und den aktuellen Empfehlungen bzgl. der Stadtentwicklung (u.a. mehr Grün- und Freiflächen, mehr Luftschneisen, mehr Wasser, weniger Verkehr, mehr Bäume statt weniger) einen deutlich verstärkten und zielorientierten Dialog in der Stadt, um das Vertrauen der Essener Bürger\*innen in die Arbeit der Stadt bei folgenden Themen wieder herzustellen:

- Erhalt von Straßen- und Waldbäumen für die Stadt Essen als oberste Priorität
- Transparenz bezüglich Ersatzpflanzungen und Wiederaufforstung
- Erhalt von Grün- und Freiluftflächen

Inhaltlich wollen wir Bürger unsere Vorstellungen zur Entwicklung, dem Schutz und der Pflege des Bestands der Straßenbäume deutlich machen (statt Reduzierung, Erhalt und Ausbau), diskutieren, welche Bäume den zukünftigen Herausforderungen standhalten können und letztendlich auch die Aufwertung und Aufstockung des Haushalts im Bereich Grün & Gruga für diese Herausforderungen einfordern.

Wir wollen keine hitzige Diskussion um einzelne Bäume, wir fordern einen „Baumgipfel“ mit Beteiligung von Stadtverwaltung, Politik, Grün & Gruga, Umweltinitiativen, Spielplatzpaten, Schulen und interessierten Bürger\*innen.

Unter einem Baumgipfel stellen wir uns einen Austausch mit Experten sowohl mit Input als auch Diskussion und Output vor, bei dem z.B. eine Neubewertung von Straßen- und Waldbäumen, die Auswahlliste für Ersatzbaumpflanzungen, Grünflächen und Freiluftflächen mit Blick auf den Klimawandel diskutiert wird und anschließend in der Praxis umgesetzt werden kann. Dabei sollte die Diskussion nicht auf den Bereich Straßenbäume begrenzt sein, sondern die Frage von Haltungen und Vorgehensweisen im Bereich Forstwirtschaft (Stichwort Forstbetriebswerk) integrieren. Der „Baumgipfel“ sollte u.a. diese Inhalte und Fragestellungen mit den zentralen AkteurlInnen im Bereich „Grün“ und „Grünflächen“ behandeln.

### **Erforderliche Handlungsfelder:**

#### Stichwort Baumschutzsatzung

In der Präambel der Baumschutzsatzung sind zwar alle relevanten Schutzgründe für Bäume aufgelistet, diese münden aber nicht in Paragraphen mit Umsetzungsrelevanz. Absichtserklärungen aus der Präambel müssen sich in der Satzung als konkrete Weisungen wiederfinden.

Die Baumschutzsatzung weist in ihrer jetzigen Form zu viele Ausnahmen auf. Wir fordern darum eine Anpassung der Satzung in folgenden ersten relevanten Punkten (konkrete Formulierung in der Anlage):

- Der Schutzzweck der Bäume muss aus der Präambel in die eigentliche Satzung als § 1a „Zweck der Verordnung“ aufgenommen und zur Pflichtaufgabe der Verwaltung aufgewertet werden.
- Die Ersatzpflanzung ist sowohl für alle Grundbesitzer - also auch die Stadt Essen - bindend.
- Ersatz- und Neupflanzungen genießen Schutz.
- Die Schutzradius der Bäume muss im Wurzelbereich über das Kronendach hinaus um 1,50 m in alle Richtungen erweitert werden.
- Die Fällungsdistanz zur Bebauung muss reduziert werden und gilt ausdrücklich nur für private und nicht städtische Flächen.

Eine Neujustierung der Baumschutzsatzung auf der Basis der ALTEN Baumschutzsatzung erscheint uns dringend erforderlich! Wir bitten die Vertreter\*innen der Politik diesen Prüfungsauftrag zu veranlassen und mit den Initiativen im Bereich Grün- und Umweltschutz zu diskutieren.

Weiterhin ist es dringend notwendig, den durch die Baumschutzsatzung festgelegten, Schutz des Wurzelbereichs ernst zu nehmen und die Baumscheiben der Straßenbäume entsprechend in die sofortige Umzusetzen zu bringen und auch den Verlust von Parkplätzen in Kauf zu nehmen. Das kommt Maßnahmen zur Umsetzung des Modalsplit in Essen sogar entgegen. Straßenbäume können durch versiegelte Flächen nicht mehr genügend Wasser aufnehmen. Bewässerungsaufrufe an die Bürger oder teure und zeitaufwendige Bewässerung durch externe Firmen sind keine Lösung.

#### Stichwort: Fälllisten und Transparenz

Die Fälllisten weisen eine extreme Schieflage in der Ersatzpflanzung auf: In den Listen aufgeführte Baumfällungen, sowie Wiederaufforstung/Neubepflanzung müssen in einem gesunden Verhältnis vor allem entlang der Straßen stehen. Das Laubvolumen alter Bäume muss ersetzt werden, um gerade in Zeiten von zunehmender Abnahme und Absterbens von Straßenbäumen (oder zur Wahrung von Sicherheit für die Öffentlichkeit und Verkehrssicherheit) für die Zukunft bereits jetzt schattenspendende Bäume zu pflanzen und in diesem Sinne Vorratspflanzungen vorzunehmen. Aus den Fälllisten geht hervor, dass lediglich ein Sechstel Neupflanzungen vor Ort vorgesehen sind.

Die Fälllisten der Bezirke sind immer frühzeitig den Bezirken und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Momentan wird bereits in Stadtteilen gefällt, die die Fälllisten noch nicht in der Bezirksvertretung vorliegen haben. Diese Abläufe müssen korrekt und transparent sein.

Die Information der interessierten Öffentlichkeit muss deutlich verbessert werden durch folgende Maßnahmen:

- Vorstellung der Fälllisten im Rahmen von Ortsbegehungen sowohl für die Bezirksvertretungen als auch für die Öffentlichkeit.
- Dokumentation durch Bildmaterial: Die zu fällenden Bäume sind in den Fälllisten fotografisch zu dokumentieren. Um Politik und Bürgern mehr Transparenz durch Sichtung der Bäume zu ermöglichen. (Wir gehen davon aus, dass die Fotos ohnehin bestehen). So kann eine wenig aussagekräftige Fällliste auch in der Bezirkspolitik zunächst bildhaft hinterlegt werden. Nur so kann Misstrauen überwunden werden, in Fällen, wo bei Bürgern der sicher oft unbegründete Eindruck entsteht, dass hier Holz vermarktet werden soll (wie jetzt im Fall einer über 100 jährigen Eiche mit vermutetem Marktwert von 3000 Euro), dass neue Bauflächen vorbereitet werden, Parkplätze entstehen sollen oder man sich zukünftige Arbeit und Kosten durch dauernde Baumpflege (zum Beispiel im Bereich von Leitungen) sparen will.
- Veröffentlichung von bestehenden Gutachten: Rein visuelle Gutachten werden auf Antrag von Bürger/innen und Bezirkspolitik nach Ortsbegehungen und bei kritischem Nachfragen und Bedenken von deren Seite durch weitere Gutachten ergänzt. Hierfür wird ein Gutachtertopf zur Verfügung gestellt.
- Die Fällungen alter Bäume und Bäume im Bereich Spielplätze, Schulen, Kitas, Gemeinschaftsflächen muss besonders kenntlich gemacht und erläutert werden. Ersatzpflanzungen sind an diesen Stellen immer verpflichtend, um notwendigen Schatten für Kinder zu ermöglichen und das Bürgerengagement ernst zu nehmen.
- Fällungsvorhaben sind einheitlich und eindeutig zu kennzeichnen (in der Praxis findet man bei vielen Bäumen lediglich eine weiße Strichmarkierung, die gemäß Grün & Gruga signalisieren, dass ein Baum unter besonderer Prüfung steht- er steht aber in der Fällliste). Ein grüner Punkt steht üblicherweise für „Fällung“. Eine eindeutige, zeitnahe Kennzeichnung der Bäume ist notwendig. Durch eine leicht auffindbare Auflistung der Kennzeichnung sollte diese transparent gemacht werden. Nur so kann die Bevölkerung achtsam agieren.
- Die Fällungen und Neupflanzungen sind transparent zu gestalten und zugänglich zu machen. Das kann durch die Veröffentlichung der mit der Software proBaum gewonnenen Daten geschehen. Diese Öffentlichkeit wurde bereits für die Bürgerbewässerung umgesetzt, dürfte also entsprechend erweiterbar sein. <https://>

[geo.essen.de/Buergerbewaesserung/](http://geo.essen.de/Buergerbewaesserung/) Alternativ ist die Erstellung eines öffentlichen Baumkatasters in Ergänzung des Eingriffs-/ Ausgleichskataster<sup>5</sup>.

- Erstellung einer jährlichen Baumbilanz: Weiterhin ist von Nöten, eine jährliche Baumbilanz zu erstellen, aus der transparent hervorgeht, wie viele Bäume wo gefällt wurden, wie viele Bäume wo neu gepflanzt wurden. Es muss aber auch transparent werden, was mit dem Holz gemacht wurde (Ausgaben, Einnahmen, Zielort, Nutzungsart - Bauholz/Biomasse/Biogas etc.)

Die Stadt hat sich Partizipation der Öffentlichkeit durch Information auf die Fahnen geschrieben, das sollte sich gerade im Bereich der Baumpflege, aber auch des Arten- und Insektenschutzes widerspiegeln.

#### Stichwort: Partizipation:

Aufgabe der Bezirksvertreter soll sein, die Vorstellung der Fälllisten in den Bezirken vorzunehmen und mit Bürgerbeteiligung eine Prioritätenliste zur Nachpflanzung zu erarbeiten, die der tatsächlichen Funktion der zu fällenden Bäume Rechnung trägt. Spielplatzpatenschaften und Engagement rund um Sportflächen sind keine Einbahnstraße.

Die Stadt hat dafür zu sorgen, dass Spielplatzpat\*innen und Sportvereine oder Park – Paten (zum Beispiel „Sauber – Zauber“ – Aktive im Parkanlagen) und die Betreiber von Gemeinschaftsgärten etc. in die Diskussion um Baumfällungen und Bäume, die zur Beobachtung stehen, mit einbezogen werden. Nur so können auch Paten\*innen und Bürger\*innen dazu beitragen, sich um diese Bäume verstärkt zu kümmern, wenn Trockenheitsphasen bestehen.

Der bereits im Stadtrat beschlossene, paritätisch besetzte „Beirat Stadtgrün“ sollte auf den Weg gebracht werden. Seine turnusmäßige und regelmäßige Arbeit ist im Sinne der Wohlfahrtswirkungen der sogenannten „grünen Infrastruktur“ dringend notwendig.

Durch Partizipation der Bürger\*innen sollte weiterhin die Liste der Naturdenkmäler wieder ergänzt werden.

Im Arbeitskreis „Wald, Natur, Freiraum“ sollte weiteren Gruppen eine Mitarbeit ermöglicht werden, wie bspw. Greenpeace, Transition Town, Fridays und/oder Parents for Future.

#### Stichwort Baumpflege/ Baumschutz/Haushaltsberatungen:

---

<sup>5</sup> [https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/59/landschaftsundnaturschutz/5951\\_E\\_A\\_Kataster\\_A0\\_Feb2014.pdf](https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/59/landschaftsundnaturschutz/5951_E_A_Kataster_A0_Feb2014.pdf)

Neupflanzungen sollen von regionalen Firmen ausgeführt werden, die auch die Pflege der Jungbäume ordnungsgemäß gewährleisten können (was bei Firmen aus dem Emsland nicht der Fall sein kann).

Die Baumpflege muss von Fachkräften erfolgen. Viele Baumschädigungen und Baumfällungen resultieren auch aus unsachgemäßer Baumpflege (z.B. falsches Absägen von Ästen). Hier bedarf es einer Aufstockung der Mittel von Grün & Gruga.

Der Bereich Grün & Gruga und der Bereich der Unteren Naturschutzbehörde müssen insgesamt deutlich besser personell im Haushalt ausgestattet werden. Die personellen Kürzungen (z.B. im Bereich der Unteren Naturschutzbehörde) müssen zurückgenommen werden.

Es muss gesichert sein, dass Mittel für Natur- und Klimaschutz, die derzeit auch auf Landes- und Bundesebene abgerufen werden können, auch auf eine Personaldecke stoßen, die diese in die Tat umsetzen und bewältigen kann. Es kann nicht sein, dass aufgrund von Personalmangel Gelder nicht abgerufen werden oder – wie beim Radschnellweg geschehen – Mittel zurückgezahlt werden müssen<sup>6</sup>.

*Klima- und Umweltschutz geht nur als Gemeinschaftsaufgabe mit den Bürger\*innen und muss neu bewertet und transparent gestaltet werden. Klima- und Umweltschutz muss sich in den laufenden Haushaltsberatungen auch mit Mittel- und Personalaufstockung widerspiegeln!*

Für die Parents for Future Essen:

Christiane Gregor  
Stefanie Norden  
Maria Lüttringhaus u.a.

---

<sup>6</sup> WAZ, 23.02.2018 Radschnellweg: Hindernisse bei der Planung